



## Bundeswehr

### Workshops zur sexuellen Orientierung sollte kein Thema für Bundeswehr sein



Nach der Ankündigung der Bundesverteidigungsministerin, Ende Januar einen Workshop zur „Sexuellen Vielfalt in der Truppe“ zu veranstalten, gibt es von verschiedenen Seiten Kritik. Hierzu habe ich RTL-West am 12. Januar 2017 ein Interview gegeben. Ich habe klar gesagt, dass die Bundeswehr vorrangig andere Aufgaben hat, wie die Verteidigung der äußeren Sicherheit der Bundesrepublik. **Den Beitrag von RTL-West finden Sie auf <https://kurzlink.de/RTLwest-bw>**

## Verkehr

### Verkehrsminister kann oder will keinen Baubeginn nennen

Die staugeplagten Menschen in Kerpen müssen weiter auf die Zusagen des Landesverkehrsminister Michael Groschek (SPD) hoffen, die Linksabbiegespur an der A4 / L122 zu verlängern. Seit einiger Zeit gibt es hierfür konkrete Planungen, die vom Land mit der Stadt Kerpen abgestimmt wurden. Einen Baubeginn soll es in 2017 geben, konkreter wird er nicht. Das geht aus einem Schreiben von Groschek hervor, dass er mir auf meine schriftliche Anfrage Ende des Jahres 2016 hat zukommen lassen. Auslöser war eine Bitte der örtlichen CDU-Fraktion, einmal nachzufragen. Nun habe ich noch einmal nachgehakt und dem Minister erneut einen Brief geschrieben. Schließlich muss es möglich sein, den Bürgerinnen und Bürgern noch vor der Wahl reinen Wein einzuschenken und einen konkreten Termin für den Baubeginn zu nennen. Fortsetzung folgt.

## Kleine Anfrage

### Stand Anis Amri auf der „No-Fly-List“ der USA?

Im Fall Anis Amri kommen fast täglich neue Erkenntnisse ans Licht. Alle berechtigten Fragen müssen beantwortet werden. Haben die Sicherheitsbehörden wirklich alles getan, um eine mögliche Gefahr auszuschließen? Hat sich die Landesregierung richtig verhalten? Die Aufklärung des Falls Anis Amri muss schonungslos und ehrlich erfolgen. Dazu gehört für mich auch, allen Hinweisen nachzugehen. Daher habe ich die Landesregierung jetzt gefragt, ob Anis Amri auf der "No-Fly-List" der USA stand und der Landesregierung dieser Umstand bekannt war. Denn das wäre ein weiterer handfester Beweis, dass Amri ein gefährliches Sicherheitsrisiko war. Die vorgeschobene und vermeintlich multiple Hilflosigkeit des Rechtsstaates durch Herrn Jäger fällt auf diesen selbst zurück. Rot-Grün in NRW fehlt der politische Wille, konsequent und entschlossen gegen Kriminelle und Gefährder vorzugehen, ebenso wie abgelehnte Asylbewerber auch tatsächlich abzuschieben. Der Fall Amri zeigt zum einen das eklatante Versagen nordrhein-westfälischer Sicherheitsbehörden und zum anderen die Verweigerung jeglicher politischer Verantwortungsübernahme der Regierungsmitglieder. *Für die Beantwortung meiner Kleinen Anfrage 5513 hat die Landesregierung vier Wochen Zeit. Sie finden Sie hier: <https://kurzlink.de/ka5513>*